

Finanzielle Friedensprobleme.

Vom Geheimrat Professor Julius Wolf (Berlin).

Wien, 2. Januar.

Die vermeintliche Ankündigung des russischen Staatsbankrotts vor einigen Wochen hat in der politischen und finanzpolitischen Welt selbstverständlich viel Staub aufgewirbelt und größte Konsternation hervorgerufen. Mit vollem Recht darum, weil durch die finanziellen Folgen einer solchen Katastrophe nicht nur die Besitzenden, sondern teilweise auch die Mittelschichten einer Anzahl Staaten der Entente in Mitleidenschaft gezogen gewesen wären und weil die überaus bedeutenden politischen Folgen eines Bankrotts und England die stärksten politischen Folgen ausgelöst, Folgen, die dann auch für die Mittelmächte in Betracht gekommen wären, so daß aus dem Umstande, daß Oesterreich-Ungarn finanziell an dem Bankrott verhältnismäßig unbeteiligt ist, nicht hätte der Schluss gezogen werden dürfen, er bedeute nicht auch für die Donaumonarchie eine Frage allerersten Ranges. In Berlin wurde von seiten der Finanzkreise, und fürs erste ja mit Recht, die Lösung ausgegeben, daß jener gewisse Artikel der „Pravda“, der der Welt die Mitteilung der Absicht brachte, nicht viel mehr als eine Drohung sei und man von einer Nichtigerklärung der Schulden doch noch recht fern sei. Mehr als eine Drohung ist jene Ankündigung aber sicher gewesen. Der Finanzpolitiker, der die Lage Rußlands kennt, kann nicht daran zweifeln, daß das Damoclesschwert der Zahlungseinstellung nach wie vor über den Ententeländern schwebt und die Drohung sogar in absehbarer, vielleicht kurzer Zeit verwirklicht werden dürfte.

Wie sollte auch Rußland gerade die Auslandsgläubiger schonen, wo es den Inlandsbesitz depoliert? Wenn Grund und Boden zum Gemeineigentum erklärt, die Fabriken verstaatlicht, die Banken in eigene Hände des Staates genommen werden, wäre es unwahrscheinlich, dem Auslandsbesitz eine andere Behandlung zuteil werden zu lassen. Die russische Kriegswirtschaft war schon vor der ersten Ankündigung des Bankrotts im wesentlichen Assignatwirtschaft, und zwar durchaus im Stile jener der französischen Revolution. In den Krieg trat Rußland mit einer Golddeckung seiner Noten, die fast die 100 Prozent erreichte, hinter 99 Prozent nicht zurückblieb. Best ist es so weit, daß sicher keine zwei, vielleicht nicht ein Prozent der umlaufenden Noten als gedeckt gelten können. Der Umlauf wird heute bereits auf 20 bis 21 Milliarden Rubel zu schätzen sein, und mit jedem Tag länger steigt er, denn die Steuerquellen Rußlands sind erschöpft, jetzt und noch auf lange Zeit hinaus. Das Steuerwesen ist desorganisiert, Steuern kommen nicht ein. Schon Schingarew, der vor einem halben Jahr Finanzminister war, meinte, die Ansprüche aller Klassen der Bevölkerung hätten das traurige Resultat gehabt, daß — bei infolge der Lohn- und Soldsteigerungen ungeheuerlich erhöhten Ausgaben — „nunmehr kein Mensch mehr die alten Steuern zahlen wolle“. Die Einführung neuer Steuern aber sei unmöglich. Indirekte Steuern kämen für die russische Demokratie ja nicht in Frage und auf die direkten Steuern könne man in Anbetracht der vorerwähnten Erfahrungen keine Hoffnungen setzen. Der tüchtige und charaktervolle Finanzpolitiker trug schließlich nicht Anstand, die Lage der russischen Finanz mit einem Faß ohne Boden zu vergleichen, in das ein dürftiger Wasserstrahl stiege. Die Situation ist seitdem nicht besser geworden, sie hat vielmehr, so unmöglich es fürs erste klingen mag, noch eine weitere Verschlechterung erfahren. In das „Faß ohne Boden“ stiegt überhaupt kein Wasserstrahl mehr!

Durch den unter solchen Umständen auf die Dauer kaum vermeidlichen Staatsbankrott wird bekanntermaßen Frankreich in einer Linie betroffen, dank einem Besitz an russischen Werten, bezüglich dessen Umfang die Angaben ja schwanken, der aber, wenn man sämtliche russische Werte in französischen Händen ins Auge faßt, 25 Milliarden Mark sicher übersteigt. Was in weiteren Kreisen erstaunlich wirkt, ist aber, daß die Verschuldung an England kaum wesentlich weniger als die Hälfte so groß ist und daß Amerika an Rußland wieder ungefähr zwei Drittel des englischen Betrages geliehen hat. Diese letzten Schulden sind allerdings im wesentlichen Kriegsschulden. Am besten steht, wenn man von Oesterreich-Ungarn absieht, unter den Gläubigern Rußlands Deutschland da. Die in letzter Zeit laut gewordenen Schätzungen, wonach der deutsche Besitz an russischen Werten eineinhalb Milliarden Mark betrage, haben eine Berichtigung erfahren. Es ist im Laufe des Krieges von deutscher Seite viel an russischen Werten abgestoßen worden. Hauptsächlich wurde auf den holländischen Markt abgeladen, der zeitweise sehr bereitwilliger Abnehmer zu verhältnismäßig guten Preisen war. Daß es sich zum größten Teil um Eisenbahnobligationen handelt, will bei der allgemeinen Depositionierung des Kapitals, die in Rußland statt findet, allerdings weniger nach dem Wesen. Stark in Mitleidenschaft gezogen ist unter dem Obensagten aber auch Holland, an dem ja auch Oesterreich vermöge der Tatsache, daß es verhältnismäßig große Effektenbeträge im Laufe der Jahrzehnte dorthin abzustößen vermochte, ein Interesse hat. Der Besitz des kleinen Holland an russischen Werten dürfte heute nicht geringer sein als der Deutschlands. In Deutschland hat sich die Bismarcksche Finanzpolitik bewährt, die vor Jahren die russischen Werte von der Lombardierung durch die Reichsbank ausschloß und damit dem deutschen Kapitalisten russischen Werten gegenüber auch weiterhin eine Zurückhaltung nahelegte.

Der französische Besitz untersteht sich von dem anderer Länder dadurch, daß er in die Mittelschicht und die der kleinen Sparergebungen ist. Nicht der Kapitalist im eigentlichen oder im engeren Sinne des Wortes wird danach allein Leidtragender des russischen Staatsbankrotts, sondern nicht weniger der Kleinbürger, der kleine Rentner, der in Frankreich ja eine größere Rolle spielt als in irgendeinem Lande der Welt, und selbst der Bauer. Das muß aber auf die Folgen, die der kommende russische

Staatsbankrott auch auf das politische Gesüge Frankreichs üben muß, ein Licht. Es darf als sicher ausgesprochen werden, daß angeht eines russischen Staatsbankrotts ein Ministerium Clemenceau zum Sturz verurteilt ist. Welche Konsequenzen sich daraus ergeben, zumal im Hinblick auf die Friedensfrage, braucht hier nicht mehr entwickelt zu werden.

Was den deutschen Besitz betrifft, so mag es fürs erste ja zweifelhaft erscheinen, ob die Maximalkosten die deutschen Gläubiger auf wesentlich anderem Fuße werden behandeln wollen als die Gläubiger der Entente. Aber auch wenn nur Gleichstellung für die einen mit den anderen erreicht würde, hätten die deutschen Gläubiger mindestens auf Nachzahlung jener Zinsen und Amortisationen zu rechnen, die ihnen zum Unterschiede von den Gläubigern in den Ländern der Entente während des Krieges vorenthalten worden sind. Ueberdies sitzen heute deutsche und russische Unterhändler zusammen am Verhandlungstisch, während Frankreich und England sich von den Bolschewiki fern halten und zweifellos im Süden des russischen Reiches und im Südosten immer aufs neue gegen sie schützen und hegen. Nicht zuletzt wird auch zu bedenken sein, daß die deutschen Anlagen nicht solche für Kriegszwecke waren, während die englischen und amerikanischen fast ausschließlich solche, die indirekt auch der Kriegführung Englands dienen sollten, gewesen sind, und auch die französischen zu nicht geringem Teile.

Am nächsten unter den kriegsführenden Staaten kommt die Finanzlage Frankreichs jener Rußlands und — in einigem Abstand — Italiens. Die finanzielle Schwächung, welche Frankreich in diesem Kriege erfahren hat, ist doch sehr viel größer, als die Allgemeinheit annimmt. In keinem Lande der Entente ist während des Krieges Gut und Blut so reich geflossen wie in Frankreich, und nicht die geringste Uebertreibung liegt in der Feststellung, daß Frankreich politisch degradiert und wirtschaftlich wie finanziell verarmt aus dem Kriege hervorgehen wird. (Näheres darüber habe ich in einer kürzlich erschienenen Schrift über den französischen Nationalreichtum gesagt.) Italien ist schon bisher das Land des größten Steuerdrucks gewesen, aber es hat den Krieg verhältnismäßig spät begonnen und ihn nicht mit einem relativ gleich großen Aufgebot wie Frankreich geführt, so daß der Ueberlaß, den der Krieg für Italien bedeutet, heute doch noch nicht den Umfang wie für Frankreich erreicht.

Die Lage der Mittelmächte stellt sich staatsfinanziell diesen Ländern gegenüber fast als eine günstige dar. Ueber den Erfolg der Kriegsanleihen in Deutschland und Oesterreich-Ungarn ist jedes weitere Wort überflüssig. Aber auch der Notenumlauf löst beispielsweise in Deutschland den sachverständigen Kreisen nicht die schwersten Bedenken wie in Oesterreich-Ungarn ein. Er ist in Deutschland, mit Einrechnung natürlich der Darlehensklassenscheine, absolut höher als in Oesterreich-Ungarn. Die „Inflation“ ist danach groß genug, daß sie nach dem Maßstabe der Bedenken, die in Oesterreich-Ungarn laut werden, auch hier solche auslösen sollte. Es ist darüber aber verhältnismäßig ruhig in der Presse und im Reichstag und auch sonst in der Öffentlichkeit. Indem das ausgesprochen wird, soll nicht etwa der Meinung Vorschub geleistet werden, daß der Abbau der Inflation nach dem Kriege kein dringendes Bedürfnis der Volkswirtschaften wäre.

Oesterreich-Ungarn übrigens Deutschland gegenüber für sich das anführen, sich während des Krieges eine sehr viel größere Zahl Kriegsteuern, beziehungsweise Steuererhöhungen gegeben zu haben. Konnte England bis vor kurzem behaupten, wohl nicht mit Steuern den Krieg geführt, aber so viel Steuern aufgelegt zu haben, daß immerhin 25 Prozent der Kriegsauslagen aus Steuern gedeckt werden könnten — jetzt ist diese Quote angeht der weiter steigenden Kriegsausgaben im Sinken begriffen — so hat das Deutsche Reich auf diesem Gebiete sich verhältnismäßiger Passivität besessen. Hierher gab ein dahingehendes Lösungswort aus und Graf Koldern schloß sich ihm an. Ich verkenne nicht den Wert der Argumente, die für einen Verzicht auf Steuern während eines kurzen Krieges sprechen, bei langer Dauer desselben verlieren sie von ihrer Geltung. Einige Steuern hat Deutschland sich gegeben und die Kriegsgewinnsteuer ist zu einem ganz unerwartet hohen Ertrag gediehen; soll sie noch fünf Milliarden Mark bringen, während, als die Vorlage im Reichstag eingebracht wurde, die durchschnitliche Schätzung etwa auf eineinhalb Milliarden Mark ging. Auch sonst hat es an Steuern während des Krieges in Deutschland nicht ganz gefehlt. Ich erinnere vor allem an die für Oesterreich-Ungarn wichtige Kohlensteuer, mit welcher Oesterreich Deutschland nachfolgt. Aber insgesamt ist eben doch das Lösungswort „Passivität“ ausgegeben, und während viel Geld für den Reichsfinanzminister „auf der Strafe“ lag, wurde es von ihm nicht aufgehoben. Das ist in Oesterreich nicht im gleichen Maße der Fall gewesen. Oesterreich-Ungarn ist in diesem Punkte ungefähr die Mittelstraße zwischen England und Deutschland gewandelt.

Was den Finanzbedarf der Zukunft betrifft, so kann nach der Kriegslage, wie sie sich heute darstellt, die Möglichkeit einer Kriegsschädigungsforderung an einzelne unserer Feinde nicht mehr als Übergangenes werden. Geht es von vornherein nicht wohl an, Italien und Rumänien, die Berrat an uns geübt haben, nach dem gleichen Maßstab zu behandeln wie Rußland, England, Frankreich usw., so ist auch nicht zu übersehen, daß wir in beide Staaten, deren unter unserm Griff haben, daß wir in der Lage sind, ihnen Kriegsschädigungen aufzuerlegen. Italien ist sicher keines der reicheren Länder der Entente, aber es wurde schon gesagt, daß es infolge des Umstandes, daß es den Krieg spät begonnen hat und sein Angebot ein immerhin begrenztes war, seine Mittel zusammengehalten hat: eine Anzahl Milliarden kann es danach an Oesterreich-Ungarn und Deutschland zahlen und uns das Drückende der finanzpolitischen Situation, die ein Krieg gebracht hat, den wir nicht entzündet haben, tragen helfen. Es liegt keine Notwendigkeit vor, die Piavelinie früher zu räumen, als bis dieser Forderung entsprochen ist.

Was Rumänien betrifft, so sind ja zwei Drittel des Landes, die weitaus ergiebigen und wertvollsten Teile, jetzt von uns verwaltet. Petroleumquellen und das Besitztum der Bojaren wie des Staates sind zum mindesten Faustpfänder in unserer Hand. Auch hier muß die Leistung der Kriegsschädigung an uns Gegenstand der Diskussion sein. Bedenkt man, welche maßlosen, ja unbegreiflichen Forderungen von seiten der Entente, als sie den Sieg in der Tasche zu haben glaubte, an uns angemeldet worden sind — gelegentlich war ja groteskerweise von vierhundert bis fünfhundert Milliarden Mark, die wir im Laufe der Jahrzehnte abzahlen sollten, die Rede — so werden die sehr viel mäßigeren Forderungen, die wir an Italien und Rumänien stellen, wohl zu diskutieren sein. Dieser Ueberlaß neben der — meines Erachtens unvermeidlichen — übrigens nicht notwendig maßlos hohen Vermögensabgabe wird uns die finanzielle Bürde der Zukunft tragen helfen. Wir können angeht dessen, was wir geleistet haben, und angeht dessen, was uns die militärische Lage auf dem finanzpolitischen Gebiete auch weiterhin verheißt, hohen Mutes und unserer Stärke gewiß in die Zukunft sehen!